

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Geldmenge - Kfz-Steuer - Tokio-Runde -
EG-ASEAN - Rumänien**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1978) : Kurz kommentiert: Geldmenge - Kfz-Steuer - Tokio-Runde - EG-ASEAN - Rumänien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 12, pp. 585-586

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135259>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Geldmenge

Zielprobleme

Während in der Schweizerischen Nationalbank die Frage diskutiert wird, ob die Quantifizierung eines Geldmengenziels noch sinnvoll ist, scheinen ähnliche Überlegungen in der Bundesrepublik nicht aktuell zu sein. Sachverständigenrat, Verbände und Wirtschaftswissenschaftler plädieren ziemlich einhellig dafür, daß die Bundesbank, wie seit Dezember 1974 üblich, auch für das kommende Jahr die angestrebte Expansion der Zentralbankgeldmenge vorher bekanntgibt.

Die Betonung der Geldmenge als Zielvariable und die damit verbundene Forderung nach einer relativ knappen monetären Expansion können allerdings in bestimmten Situationen in Widerspruch zu anderen wirtschaftspolitischen Zielen geraten. Professor Claus Köhler hat kürzlich darauf hingewiesen, daß bei einer strikten Geldmengenorientierung der Zins zu einer Restgröße wird und seine Aufgabe als kreditpolitische Steuergröße nicht mehr erfüllen kann. In labilen konjunkturellen Situationen wird man auf das Instrumentarium der Zinspolitik aber kaum verzichten wollen.

Ein weiteres Problem erwächst aus der währungspolitischen Zielsetzung der Bundesrepublik. Mit der Verpflichtung zur Devisenmarktintervention im Rahmen der Schlange und verstärkt im Rahmen des Europäischen Währungssystems begibt sich die Bundesbank der Kontrolle über eine wesentliche Komponente der Geldmengenentwicklung, zumal eine vollständige Neutralisierung weder immer möglich noch wünschenswert ist. Zu fragen ist auch, welchen Orientierungswert Tarifvertragsparteien und Investoren einer Zielgröße beimessen sollen, die regelmäßig – mitunter sogar stark – überschritten wird. la

Kfz-Steuer

Offene Details

Die Reform der Kfz-Steuer bleibt nach wie vor kontrovers. Die dem Bundestag vorliegende Novelle bezeichnete der Bundesfinanzminister lediglich als eine dringliche Vorweg-Maßnahme. Der eigentlichen Problematik – dem unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand des bisherigen Verfahrens und dem umweltfeindlichen Einfluß der Hubraumbesteuerung auf die Pkw-Konstruktion – wird diese Novelle nicht gerecht.

In einem Hearing zum Thema Kfz-Steuerreform kamen im November Experten aus mehr als 60 Verbänden und Organisationen zu Wort. Eine Mehrheit der Versammlung zog die Ersetzung

der bisherigen Steuer durch eine Basissteuer von generell 120 bis 150 DM und eine Erhöhung der Mineralölsteuer um 4 bis 5 Pfennige pro Liter der völligen Einbeziehung der Kfz-Steuer in die Mineralölsteuer vor, die den Liter um etwa 14 Pfennige verteuern würde, aber auch den stärksten Spareffekt im Verwaltungsverfahren hätte (Freisetzung von 4000 bis 5000 Bediensteten). Die Ausgestaltung einer neuen Kfz-Steuer im Detail blieb dabei weiterhin offen. Das wieder vorgetragene Pro und Contra der seit Jahren bekannten Reformvorschläge zeigte, daß sich die verkehrs-, finanz- und sozialpolitischen Aspekte der Kfz-Steuer eben nicht ohne deutliche Prioritätensetzung in einem Reformvorschlag berücksichtigen lassen.

Die Diskussion wird also noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Fachleute rechnen nicht mit einer Entscheidung vor 1981. Dieser Zeitraum sollte vielleicht auch dazu genutzt werden, unter dem Aspekt der Steuerharmonisierung einen Blick auf die anderen EG-Mitgliedstaaten zu werfen. So hat z. B. die britische Regierung gerade beschlossen, die bisherige für alle Pkw bzw. Krafräder jeweils einheitliche Plakettensteuer schrittweise abzuschaffen und in die Benzinsteuer einzubeziehen, weil einerseits der Benzinverbrauch eingeschränkt werden soll und andererseits häufige Steuerhinterziehungen hohe Verwaltungskosten und einen Einnahmeausfall von 50 bis 63 Mill. Pfund jährlich verursachen. cr

Tokio-Runde

Gefährdeter Erfolg

Erfolg oder Mißerfolg der 7. multilateralen Verhandlungsrunde im Rahmen des GATT (Tokio-Runde) werden entscheidend durch den Ausgang der bisher bilateral betriebenen Verhandlungen zwischen den USA und der EG bestimmt. Washington und Brüssel zeigen sich aber, wie durch die jüngste bilaterale Konsultationsrunde zum Ausdruck kommt, außerstande, die auf dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel in der Schlußerklärung vom 17. Juli 1978 verkündeten handelspolitischen Beschlüsse in die Tat umzusetzen. In dieser Gipfelerklärung wurde das Gewicht eines erfolgreichen Abschlusses der Tokio-Runde betont und der Termin für den Abschluß der Verhandlungen auf den 15. Dezember 1978 festgesetzt.

Dieser Termin ist nun weitgehend illusorisch geworden. Der US-Kongreß hat es „versäumt“, die im „Trade Act“ von 1974 bis zum 3. Januar 1979 befristete Aussetzung von Ausgleichszöllen auf subventionierte Importwaren (vorwiegend Agrarerzeugnisse) zu verlängern. Sollte die US-Exekutive – wozu sie gesetzlich verpflichtet wäre – ab 4. Januar 1979 Ausgleichszölle verhängen, so

würde dies einen erfolgreichen Abschluß der Tokio-Runde überhaupt ernstlich gefährden.

Die Schwierigkeiten können als weiteres Symptom für einen in den letzten Jahren zunehmenden Rückzug vom liberalen Handelssystem angesehen werden. Gerade für die stark außenhandelsabhängige Bundesrepublik ist aber die Abwehr eines weltweit wachsenden Protektionismus ein existentielles wirtschafts- und strukturpolitisches Problem. Zwar wird von politischer Seite immer wieder betont, daß wir uns „rechtzeitig gegen jeden Neoprotektionismus zur Wehr setzen müssen“ (Graf Lambsdorff), doch liegt bei der praktischen Umsetzung dieser Erkenntnis der Teufel nicht nur im Detail: häufig sind auch die beteiligten Länder aufgrund kurzfristig ausgerichteter Interessen zu eigenen Zugeständnissen nicht bereit. Die jüngsten Erfahrungen der Tokio-Runde sind hierfür ein deutliches Beispiel. pal

EG – ASEAN

Engere Zusammenarbeit

Schon seit langem haben die Europäische Gemeinschaft und die ASEAN ihr gegenseitiges Interesse an einer engeren Zusammenarbeit bekundet. Zahlreiche Politiker und Wirtschaftsvertreter haben sich engagiert für dieses Ziel eingesetzt. Auch Bundeskanzler Schmidt nahm bei seinem Besuch in Singapur im Oktober dieses Jahres die Gelegenheit wahr, um sich von seinen Gastgebern über die Vorstellungen der ASEAN aus erster Hand informieren zu lassen.

Daß die Kontakte zwischen der EG und der ASEAN jetzt Formen annehmen, die über die bislang üblichen Gespräche hinausgehen, wurde bei der gemeinsamen Außenministerkonferenz am 20. November dieses Jahres deutlich. Verhandelt wurde hier über die Möglichkeiten zu einer Verstärkung der bisherigen Zusammenarbeit, die ohne Zweifel für beide Seiten viele Vorteile bieten würde. Europa ist am Bezug von Rohstoffen interessiert und kann seinerseits den ASEAN-Staaten die gewünschten Investitionen und Entwicklungshilfe sowie wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit anbieten. Darüber hinaus ist den Außenministern an einer Abstimmung der Integrationsbemühungen in den verschiedenen Regionen gelegen.

Die in Brüssel gemeinsam abgegebene Schlußerklärung stellt einen für alle beteiligten Staaten wichtigen und nützlichen Schritt zur Vertiefung der Zusammenarbeit dar. Waren bislang vor allem Lateinamerika und Afrika Partner für intensive Gespräche der EG mit Entwicklungsländern, so ist jetzt auch endlich der Dialog mit asiatischen Staaten aufgenommen worden, die bisher schon wich-

tige Wirtschaftspartner aller EG-Staaten waren. Die Bemühungen um die Integration in der ASEAN können darüber hinaus im Rahmen der Kooperation mit der EG neue Impulse erhalten. Schließlich dokumentiert die Europäische Gemeinschaft durch ihre Gespräche mit den südostasiatischen Staaten ihren Willen, in einem politisch unruhigen Teil der Welt durch Zusammenarbeit zu Stabilität und Entspannung im Interesse aller Staaten beizutragen. mk

Rumänien

Erneuter Alleingang

Der vom ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei und von der rumänischen Bevölkerung einhellig gebilligte Alleingang Ceausescus auf der Moskauer Tagung der Warschauer Pakt-Staaten setzte klare Akzente nicht nur in bezug auf die weitere Gestaltung der rumänischen Außenpolitik, sondern auch hinsichtlich der binnenwirtschaftlichen Ziele des Landes.

Die deutliche Absage nicht nur an eine Beschneidung der nationalstaatlichen Souveränität Rumäniens, sondern vor allem auch an höhere Rüstungsbeiträge – nicht zuletzt, um die weitere Entwicklung der Wirtschaft und die damit einhergehende Wohlstandssteigerung zu sichern – scheint klarzustellen, daß der gegenwärtig eingeschlagene Kurs zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung kein leeres Lippenbekenntnis ist. Mit Versprechungen dürften sich die Rumänen mittlerweile auch nicht mehr abspesen lassen – zu lange wurde ihnen unter Hinweis auf den Reichtum von morgen der Verzicht auf heute abverlangt. Über 30 % des Nationaleinkommens waren in den letzten Jahren regelmäßig investiert worden, und zwar vorrangig zugunsten der Produktionsmittelindustrie. Eine miserable Versorgungslage und niedrige Löhne – trotz fast sechsprozentiger Reallohnsteigerungen in den Jahren 1975/77 – waren schließlich die Ursache für den Bergarbeiterstreik im Sommer 1977, der damals zur raschen Verabschiedung eines Zusatzprogramms zur Erhöhung des Lebensstandards geführt hatte und der kaum schon vergessen sein dürfte.

Das Wissen um die Brisanz der Lage – Versorgungsprobleme haben z. B. in Polen bereits zu härteren Auseinandersetzungen als in Rumänien geführt –, das sich auch in dem im Vergleich zu den Vorjahren stark herabgesetzten Investitionszuwachs für 1979 ausdrückt, läßt Ceausescu letztlich keine Wahl. Er kann seine innenpolitischen Ziele nicht aufs Spiel setzen, indem er nun von Moskau diktierte steigende Rüstungsausgaben akzeptiert. pp